

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 23

Ersteinst. Sonntag. Bezugspreis Vierteljährlich 1,50 Mk. ohne Postgebühren. Zu Verlangung. Bestellungen bei allen Postämtern. Geschäftsstelle Berlin S. 39, Urbanstr. 63 I. Telefon: Moritzpl. 9653

Berlin, den 30. Mai 1920

Anzeigenpreis: Die viergespaltene Zeile 90 Pfennig; für Verbandsmitglieder 60 Pfennig; Stellenangebote 60 Pfennig; Verammlungsanzeigen usw. 60 Pfennig. Der Anzeigenpreis ist vorher zu entrichten.

36. Jahrgang

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 23. Wochenbeitrag für 1920 fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. **Tagung des Beirats.** Zur Beratung der Beitrags- und Unterstützungsfragen ist eine Tagung des Beirats für die zweite Woche im Juni in Aussicht genommen. Die Tagung wird in Berlin stattfinden. Entsprechende Mitteilung ist den Mitgliedern des Beirats bereits zugesandt worden. Weitere Mitteilung und eine Vorlage des Vorstandes wird so bald wie möglich folgen.

2. **Anstellung von Verbandsbeamten.** Unter Berücksichtigung der steigenden Mitgliederzahl und der anwachsenden Arbeiten für die Organisation sollen folgende neue Verbandsbeamte angeteilt werden:

1. ein Gauleiter in Starkstrube.
2. ein Zahlstellenbeamter in Leipzig.
3. ein Zahlstellenbeamter in Viefelfeld.

Selbstgeschriebenes Bewerbungsschreiben mit Lebenslauf und Angaben über bisherige Tätigkeit für den Verband sind in zwei Exemplaren **spätestens bis zum 7. Juni** an uns einzufenden. Die Bewerber müssen wenigstens fünf Jahre Mitglied unseres Verbandes sein.

Wegen allem Näheren verweisen wir auf unsere diesbezügliche Bekanntmachung in Nr. 22 der „Buchbinder-Zeitung“.

3. Eine **Erhöhung der Lokalbeiträge** für männliche Mitglieder auf 50 Pf. und für weibliche Mitglieder auf 30 Pf. pro Woche ist von der Zahlstelle Essen beschlossen und unsererseits genehmigt worden.

4. **Berichtskarten zur Arbeitslosenstatistik** (graue Karten) sind in dieser Woche an alle Gau- und Zahlstellenverwaltungen gesandt worden. Stichtag für die Fällung ist der 29. Mai. Gleichzeitig ist der Kartentendenz ein mit Schreibmaschine vervielfältigter Fragebogen beigefügt, um die Anzahl der verkürzt Arbeitenden festzustellen.

Mit Rücksicht auf die große Bedeutung dieser Umfrage bitten wir recht dringend, sowohl die Berichtskarte wie den vervielfältigten Fragebogen **bis spätestens den 7. Juni** einzufenden. Wenn irgend möglich, bitten wir, auch den gewünschten ganz kurz gehaltenen Situationsbericht über den Geschäftsgang beizufügen.

5. **Verband der Reichstaxen.** Die Reichstaxen für Buchbindereien und für die Staus- und Startomagenindustrie sind inzwischen allen Gau- und Ortsverwaltungen zugesandt worden. Von den zugesandten Tarifen sind je 3 Stück als Material für die Verwaltungen unentgeltlich geliefert. Alle übrigen Tarife werden den Verwaltungen mit 50 Pf. das Stück in Rechnung gestellt. Zurücknahme der gelieferten Tarife kann nicht erfolgen.

Aufrechnung über die gelieferten Tarife ist den Kassierern der Gauen und Zahlstellen mit den Berichtskarten (Ziffer 4 der heutigen Bekanntmachung) zugesandt worden.

6. **Betriebsräte-Zeitung.** Mehrfache Nachfragen veranlassen uns zu der Mitteilung, daß die erste Nummer der „Betriebsräte-Zeitung“ Mitte Juni erscheinen wird. Der Verband an die Zahlstellen, die Bestellungen aufgegeben haben, wird dann unverzüglich erfolgen. Etwa noch beabsichtigte Bestellungen erbitten wir schnellstens. Die Lieferung erfolgt vorläufig unentgeltlich.

Der Verbandsvorstand.

Zum 6. Juni.

Noch einmal ist der deutschen Arbeiterschaft Gelegenheit gegeben, zu zeigen, mit welcher heiligen Ernst sie an der überwältigenden Tat des 9. November 1918 festzuhalten gewillt ist. Die Wahlen zum ersten Deutschen Reichstag müssen erkennen lassen, daß die Arbeiterschaft restlos hinter der von ihr selbstgeschaffenen Staatsform steht und daß sie gewonnen ist, im Werden und Aufbau des jungen republikanischen Staatswesens ein schnelleres Tempo zu betreiben, als dies bisher infolge der notwendigen Koalition mit bürgerlichen Parteien möglich war. Das steht voraus, daß ein einheitlicher Wille alle erwerbstätigen Hand- und Kopfarbeiter und -arbeitshilfen befaßt, der sich nicht durch die planmäßige Gegenpropaganda der unter dem Schein der Arbeiterfreundschaft tiefenden derzeitigen Mittel- und Rechtsparteien irre machen läßt. Denn darüber kann nach den Erfahrungen der letzten anderthalb Jahre niemand im Zweifel sein, daß der Tat vom 9. November 1918 jetzt eine andere mit ebenso großer Schlagkraft folgen muß: Das Erringen der Mehrheit des Reichstages durch die Arbeiterparteien. Nur wenn dies erreicht wird, dann ist es möglich, daß die berechtigten grenzenlosen Anzweiflungen der Arbeiterschaft mit dem Gange der politischen und wirtschaftlichen Ereignisse gebannt werden kann.

Deutschland wandelt andauernd am Rande des Abgrundes und zu jeder Stunde droht uns die Gefahr des Absturzes, der völligen wirtschaftlichen Zerschmetterung. Mit zäher Kraft und starkem Mut hat das deutsche Volk am Wiederemporkommen gearbeitet, hat Besserungen erkämpft und drängt vorwärts. Langsam und mühselig geht es. Aber weil ohne starken Glauben jeder Kampf unnützlich wäre, so glaubt das deutsche Volk in seiner Gesamtheit trotz alledem an die Ueberwindung aller Schwierigkeiten. Wie ein Damoklesschwert hängt stets die Gefahr wirtschaftlicher Krisen über uns. Ein an sich hocherfreuliches Ereignis, das stete Steigen der deutschen Mark, hat neue wirtschaftliche Schwierigkeiten heraufbeschworen und den Zustand geschaffen, um dessenentwillen die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft das Gespenst des Zusammenbruchs an die Wand malt. Das Steigen der Mark müßte naturgemäß ein Fallen der Preise im Gefolge haben, müßte einen Preisschutz zeitigen, wenn nicht der sonst zuverlässige Preisregulator, das Nachfrage- und Angebotsverhältnis, durch die allgemeine Knappheit aller Waren ausgeglichen würde. Die Nachfrage für alle Bedarfsartikel ist wegen der zu hohen Preise geringer als das Angebot, die Ware bleibt liegen, die

menschlichen Bedürfnisse bleiben unbefriedigt, die Warenmengen, die nicht im entferntesten den tatsächlich vorhandenen Warenhunger stillen, können nicht abgesetzt werden, bleiben aufgestapelt und wirken störend auf die Produktion. Wir produzieren überall in der Welt nach rein kapitalistischen Grundgedanken, es wird nicht nach den Bedürfnissen der Allgemeinheit, sondern einzig und allein nach dem Profit einzelner gefragt. Treten Absatzstörungen ein, so werden nicht etwa die Preise herabgesetzt, wird nicht den Hungrigen zu erschwinglichen Preisen gegeben, sondern die Produktion wird eingeschränkt. Arbeiter werden zu Tausenden auf die Straße geworfen und die Ware wird durch die Produktionseinstellungen noch knapper. Der unerschwinglich hohe Preis wird gehalten, das Geld wird vermehrt, das Volk hungert, friert und verkrümpt weiter. Und all das nur um des Profites willen, der keine Rücksicht auf der Menschen Wohl und Wehe nimmt.

Wir befinden uns in Deutschland augenblicklich in einer akuten Krise, der drohende Preissturz aller Waren verhindert die Aufgabe neuer Aufträge an die Produzenten, veranlaßt die Zurücknahme aller Aufträge. Fabriken schränken ihren Betrieb ein, werden geschlossen, Arbeiter und Angestellte werden brotlos. Planlos regiert das Einzelinteresse, wird die Gesamtwirtschaft sabotiert und die Not des Volkes ins Endlose gesteigert.

Das deutsche Volk ist arm geworden, so arm, daß es sich den Luxus der kapitalistischen Profitansprüche wirklich nicht mehr leisten kann. Im Interesse des ganzen Volkes muß mit der ziellosen kapitalistischen Profitwirtschaft gebrochen werden. Und nur dann, wenn das Blut geschiebt, kann uns das schreckliche Ende des Zusammenbruchs erspart bleiben. Eine gründliche Umwälzung des ganzen Wirtschaftslebens ist dazu notwendig. Heute stehen wir noch unter einer industriellen Diktatur, die durch eine geordnete, organische, nach klaren Gedanken geleitete Wirtschaft abgelöst werden muß. Und daß dies geschieht, hat jeder bei der Reichstagswahl mitzuwirken Gelegenheit. Anfänge zur Gemeinwirtschaft sind schon gemacht worden, bürgern sich und weiterentwickeln konnten sie sich bisher darum nicht, weil stets die bürgerliche Mehrheit der Nationalversammlung dagegen stand; die Demokraten genau so wie die Konservativen. Im Interesse unseres wirtschaftlichen Fortbestehens, im Interesse des ganzen Volkes muß der neue Reichstag aber eine Mehrheit bekommen, die für die Durchführung der Gemeinwirtschaft eintritt. Von allen Parteien sind es immer nur die sozialdemokratischen gewesen, die für die Gemeinwirtschaft eintraten und diesen nur allein können darum am 6. Juni die Angehörigen der arbeitenden Bevölkerung ihre Stimme geben.

Es gibt nichts in der Welt, wovon die Frauen und Arbeiterinnen nicht in Mitleidenschaft gezogen würden. Herricht Friede und Wohlstand, geordnete Verhältnisse, die Frauen und Arbeiterinnen können sich mit daran erfreuen. Haben wir Krieg und Elend, leiden wir Hunger und Entbehrung, dann sind es die Frauen und Arbeiterinnen, die körperlich und seelisch besonders leiden, nicht allein, weil sie selbst entbehren, nein auch weil sie als sorgende Mütter und Hausfrauen oft kaum einen Ausweg finden können. Die Warenknappheit und Teuerung sind nicht Folgen der Politik von heute, sie sind vielmehr unmittelbare Nachwirkungen des Krieges und der Niederlage, es sind in

Wirksamkeit die Sünden des alten Systems, an denen wir leiden müssen. Aus tiefstem wirtschaftlichen Zusammenbruch müssen wir uns mühsam wieder herausarbeiten.

Das die Nationalversammlung geleistet hat, ist für das ganze Volk, also auch für die Frauen und Arbeiterinnen trotzdem von Bedeutung. In einer späteren Zeit, in der Zeit des später kommenden wirtschaftlichen Aufstiegs, wenn wir ruhiger sind und die Dinge im Abstand sehen, dann werden wir dies viel besser zu würdigen wissen. Was nicht geschehen ist oder was nicht gut wurde von unserer Landmannschaft aus gesehen, das geschah auf Grund unserer jahresmäßigen Schwäche, die uns zur Koalitions-politik verurteilte, oder aber uns gezwungen hätte, alles einer bürgerlichen Mehrheit zu überlassen. Vieles aber unterblieb auch aus unserer Armut heraus und weil der Friedensvertrag uns die Hände band. Das weißte aber an erheblichen Umgestaltungen und Neuerschöpfungen in der Gesetzgebung, besonders auf sozialpolitischen und wirtschaftlichem Gebiet. Ebenso die gründliche Umgestaltung des bürgerlichen Rechts und der Strafrecht, dem neuzeitwählenden Reichstag deshalb überlassen, weil die Lebensdauer der Nationalversammlung wohl ausreichte, um diese Gesetzgebung durch die Verfassung und durch verschiedene Rahmengesetze vorzubereiten, aber nicht, um alle diese Dinge durchzuführen. Wenn nur die Verfassung einmal aufmerksam durchlesen, einen Artikel nach dem anderen, dem muß es klar werden, eine wie ungeheure Arbeit der neue Reichstag zu leisten haben wird, aber auch, wie notwendig es sein wird, daß darin ein harter sozialdemokratischer Einfluß mitwirken muß, wenn die zukünftige Gesetzgebung in ein gesundes Verhältnis zum Geist der Verfassung, d. h. zum Geist der neuen Zeit gebracht werden soll.

Nun erregt es wieder Klatsch und Flugblätter. In allen Kreisen gelangen sie zur Verteilung, lesen sie an den öffentlichen Aufschlagsplätzen und an den Hausnummern. Einzel Partei wettert über die angeblichen Sünden der andern. Und jede verspricht, daß das einzige Ziel der Zukunft nur die Verwirklichung ihres Programms verdirrt. Die Zeitungen sind lebhafter denn je. An ihrer Spitze beinahe sie flammende Wahlsprüche. Ueber alle Kräfte und Sorgen der Zeit jongliert das gedruckte Wort hinfort. Der vernünftige Mensch geht unbeeinträchtigt durch die Flut dieser ungezählten Forderungen und Anpreisungen. Er weiß, was er ist, seiner Familie und der jungen deutschen Republik schuldig. Keine Diktatur kann helfen. Auf der festen Grundlage der Demokratie muß sich Deutschlands Zukunft aufbauen. Das Volk, das ganze Volk hat wieder einmal die Entscheidung in seiner Hand. Jeder Tag, der uns näher an den Entscheidungslauf herantreibt, peitscht die Gemüter leidenschaftlicher auf. Die Frauen weisern mit den Männern. Pflichtbewußtsein hat alle erfüllt. Jeder weiß, daß der Tag der Wahl für Jahre Deutschlands Schicksal entscheidet.

Am letzten Tag. (Fortsetzung.)

Erzählung von Ernst Freetzang.

„Du.“ Eine resignierte Bewegung mit der Hand. Der Alte schweigend und sann vor sich hin. „Aber so red' doch!“ „Ach so. Ja. Also auf dem Marktplatz. „Wer ist's?“ frag ich noch die Kathrine. Da redt sie sich wie in Stolz und Hoffart auf: „Der Willi Stramer.“ „Was, der?“ — Du mußt wissen, Söhnchen, das war der Junge von meinem Lehrherrn, einer, mit dem ich ewig in Zanf und Streit gelegen, weil er sich immer auf den Meisterlohn herauspielte und uns zu hohnieren dachte. Na, ich hab's ihm oft versagt! Also der, der genau wußt, daß die Kathrine mit er ankam, der's schon damals nicht leben konnte, daß sie ihn hinknien liegen ließ und mich vorzog, der hatte es fertiggebracht, indes ich mich sorgte um unsere künftige Hauslichkeit. — Ich vom Markt fort wie ein blindwütiger Stier — zu ihm! „Hund,“ sag ich, „Du hast das Mädel bestaubt!“ Er steht grad auf am Tisch in Hochmut und Betrugung: „Was willst, Stramer?“ — „Stramer?“ — Ich seh an mir wieder. Alles neu und sauber. Er merkt den Blick: „Der hat am End' auch nicht hoch gehangen, der Rod, wie?“ — „Wie?“ Ich denk', ich hab' nicht recht. In meinem Schadel kreist alles. — Nun, herumgetrieben hast Du Dich auf der Landstraße. So lange, wie's ein ehelicher Mensch nimmer tut. Und kommt nun her und meinst, die hübschen Mädchen warten auf so einen?“ — „So

Und darum haben wir nach wie vor das feste Vertrauen zu dem gesunden Sinn unserer Arbeiterschaft, der Männer und Frauen, daß sie aus den Erfahrungen der letzten 14 Jahre heraus sich am 6. Juni mit fester Empfindung für eine der sozialdemokratischen Parteien entscheiden werden. Wenn es ernst ist mit dem Wiederaufbau unseres Staats- und Wirtschaftslebens, mit einer Befreiung unserer ganzen Verhältnisse, die mit schwerem Druck auf uns lasten, wer da will, daß unser künftiges Geschick ein besseres wird und in Staat und Gemeinden die Interessen des Volkes als leitendes Motiv Geltung haben sollen, der kann am 6. Juni nur sozialdemokratisch wählen.

Der Deutsche Buchdruckerverein und unser Reichstarif.

Das die Ablehnung unseres Reichstarifs begründende Schreiben des Hauptvorstandes des Deutschen Buchdruckervereins ist dieser Tage bei unserem Verbandsvorstand eingelaufen. Sein Inhalt deckt sich im wesentlichen mit der von uns in letzter Nummer wiedergegebenen Auslassung der Tarifbeilage der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“. Nach der Aufzählung der Gründe, die angeblich für die Ablehnung maßgebend waren und die in der letzten Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ nachgelesen werden können, wird dann aber weiter gesagt:

„... Aus allen diesen Gründen hat die Hauptversammlung die Anerkennung des Tarifs abgelehnt, sie hat aber den unterzeichneten Vorstand beauftragt, durch weitere Verhandlungen mit Ihnen eine Verständigung über eine andere, den Verhältnissen des Buchdruckgewerbes besser Rechnung tragende Regelung zu versuchen und, sofern dies erreicht wird, die Anerkennung des Tarifs auszusprechen.“

Indem wir Ihnen von Vorstehendem Mitteilung machen, ersuchen wir Sie, uns sobald als tunlich Nachricht zukommen zu lassen, ob Sie bereit sind, in weitere Verhandlungen in vorbeschriebenem Sinne mit uns einzutreten. Wir würden vorschlagen, zu diesem Zwecke beiderseits eine Kommission, bestehend aus 5 Mitgliedern, zu ernennen, die in Leipzig im Deutschen Buchgewerbehause mit möglicher Beschleunigung zu gemeinsamen Beratungen zusammenzutreten hätte.

Wird dahin mühten natürlich die in den Buchdruckerzeilen beschäftigten Buchbinderarbeiter und -arbeiterinnen von der Geltendmachung der Forderung auf Anerkennung des Buchbindertarifs durch die einzelnen Betriebe abgehalten werden.

Hochachtungsvoll

Der Hauptvorstand des Deutschen Buchdruckervereins.

Man erlebt im Verkehr mit den Unternehmern zwar manchmal die seltsamsten Dinge, aber das dürfte doch wohl nicht oft den Arbeitnehmern geboten werden, was hier in seinem Schlußsatz der Vor-

einen? „Söhnchen, Söhnchen!“ Der Alte redte die Arne und ballte die Fäuste. „Da war ein Menschenleben dicht am Sarge!“ Noch einen Augenblick halt ich an mich, hier' ihn bloß an wie einen Verriiden. Er spricht weiter voll Hohn und Gift: „Bistst wieder ein ordentlicher Mensch werden? Ich geb' Dir Arbeit. Und Kathrine, mein Weib, soll Dir die Suppe kochen —“ „Söhnchen, Söhnchen —“

Die Stimme des Alten gurgelte; er mußte einen Augenblick verschlucken und schluckte in sich hinein: „Da sching ich zu! Ihm direkt ins Gesicht. Und als ich zum zweitenmal ausholen will, hält er meinen Arm. Kathrine! Was sie gesagt hat, weiß ich nicht. Aber es war bitter und böse. Ich bin davongestürzt. — Geradezu zum Herbergswirt. „Nahr' Wein auf!“ hab ich geschrien. Und zu den Kunden — es war wohl ein Duzend: „Sautil! Heute ist mein Hochzeitstag!“ Und hab' eine Handvoll Taler unter sie geschmissen.“

Der Erzählende lachte leise: „Söhnchen, das war ein Feind! Ich glaub', sie reden noch heut davon und lecken sich die Lippen. Eine Tafel weiß d. den lassen; das schönste Gesicht bedoben; das beste Essen. Auch ein paar Musikanten ließ ich auf-treiben. Und dann — Hallelujah! Nur kein Weib durch! mir herein in den Saal. Getanzt haben wir unter uns. Dazu gezungen, daß die Wände zitterten. Bis zum frühen Morgen. Da lagen sie wie die Leichen am Boden umher; auch die Musiker. — Das war mein Hochzeitstag, Söhnchen, und meine Hochzeit.“

hand des Deutschen Buchdruckervereins und zumutet. Unsere Kollegenchaft in den Druckereien ist seit Monaten schon auf den Abschluß des Vertrages mit dem Buchdruckerbesitzer vertrieben worden, weil allseitig großer Wert auf ein legales Verhältnis mit dem Deutschen Buchdruckerverein gelegt wurde. Diese Vertretung geschah in der sicheren Voraussetzung, daß die Buchdruckerbesitzer unseren Tarif anerkennen würden, nachdem deren Kommission in intensiver Weise an dem Inhalt und der Faßung der einzelnen tariflichen Bestimmungen mitgewirkt und nachdem sie es auch verstanden hatte, ein ganz Teil der Bestimmungen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Viele unserer Mitglieder haben ja den Vortritt er-hoben, daß der Tarif durch die Mitwirkung der Buchdruckerbesitzer geradezu verhandelt worden sei. Und als jetzt nach dem monatelangen Hin- und Her die Ablehnung erfolgte, da verlangt man von jener Seite noch, daß unsere Kollegen in den Druckereien auch weiterhin die geduldig Wartenden sein sollen, bis es den Herren Buchdruckerbesitzern endlich genehm ist, ihre Antwort zu dem Vertrag zu geben. Als ganz natürlich setzen sie voraus, daß unsere Kollegenchaft von der Geltendmachung ihrer Forderung auf Anerkennung unseres Reichstarifs durch die einzelnen Betriebe — nachdem die Zentrale ver-sagt hat — abgehalten werde. Wir wollen uns nicht irreführen, wie dieses Verhalten der Buchdruckerbesitzer gewertet werden soll, soviel ist sicher, daß ihre „natürliche“ Voraussetzung nicht mit dem Willen und der Stimmung unserer Druckerkollegenchaft rechnet. Wir denken auch gar nicht daran, diesen Willen und diese Stimmung unserer Kollegenchaft etwa beeinflussen zu wollen, daß sie der „natürlichen“ Voraussetzung der Buchdruckerbesitzer Rechnung tragen. Das wird diesen wohl auch zum Bewußtsein gekommen sein, nachdem sie das nachstehende Antwortschreiben unseres Verbandsvorstandes zur Kenntnis haben können.

Unser Vorstand antwortete:

„Im Best's Ihres Schreibens vom 15. d. M. teilen wir mit, daß wir zweifel nicht in der Lage sind, Ihnen eine endgültige Antwort geben zu können. Unser Tarifausdruck muß erst einem zu der Angelegenheit Stellung nehmen, und dies kann vor Ende dieses Monats nicht geschehen.“

Bezüglich des letzten Absatzes Ihres Briefes können wir Ihnen aber nur sagen, daß für uns alle Buchdruckerzeilen, die Buchbinderpersonal beschäftigten, solange als tariflos gelten, bis entweder mit den einzelnen Firmen oder aber mit Ihnen ein Tarif zustande gekommen ist. Jegendelei Bemerkungen in unserer Aktionsfreiheit uns von vorüberheim aufzulegen zu lassen, müssen wir also ablehnen.“

Das selbe Spiel, wie er es mit den Buchdruckerzeilen angestellt hat, verjagt der Deutsche Buchdruckerverein jetzt mit unserem Verbands. Genau so wie dort, wird es ihm auch hier vorbeigehlingen, denn unsere Kollegenchaft hat nun nach-

dem „Alten Raben“ wurde der Atem knapp; er mußte sich erst wieder ruben.

„Zu einem starken Kaffeelange es noch, als ich meine Taschen umflehre. Dazu hoberte ich die ganze Hande auf. Dann, als der letzte rote Pfennig in die Wirtstasche gewandert, hab ich gefragt: „Weg geht mir nach der Türkte?“ Ein brautendieses Lachen. Sie dachten, ich spahe. „Im Ernst: wer geht mit?“ Ganz still sind sie geworden und furchsam. Bloß drei meldeten sich. „Los!“ Und die Musiker rufen ein Hebriges und spielten uns vier zum Tore hinaus.“

„Was ans Ziel ausgeschalten hat nur einer. Das war der treueste und beste Kamerad, den ich je auf meiner langen Walze getroffen. Der Wehmar, der nun da hinter uns auf seiner Wähle sitzt. Hast ihn ja kennen gelernt. Aber es ist nur noch ein Schatten von damals. Arbeit und Hauswirtschaft haben ihn verändert. Er hat das Fliegen verlernt. — Ich auch. Freilich. O, was war's für eine herrliche Zeit! Lange sind wir miteinander gewandert. Lange. Endlich hat's ihn nicht mehr geireut. Es war etwas Erdenliches in ihm. Das ließ ihn auch beim tollsten Streich nicht los. Das, was man so eine anhängige Genügnung nennt. So ging er. Und von da bin ich allein.“

„Und hast nie mehr gearbeitet?“ „Doch. Aber nahm mich einer, entließ er mich bald wieder. Keiner konnte mich regieren. Auf-jährig ward ich. Tat uns der Meister nicht recht, ich sag's ihm. Ergaben sie uns ein kleines Futter bar,

handeln, Neues zu schaffen, sondern lediglich N-richtiges richtigzustellen. Von diesem Gesichtspunkte aus hatte die Beratungskommission ihre Aufgabe zu betrachten, sie mußte demnach alles andere ausschließen.

Um nun bei den Revisionsverhandlungen nicht neue Fehler zu begehen, hatten wir uns mit den Arbeitgeberern dahin verständigt, daß von zwei bestimmten Wochen im April in den Städten Berlin, Leipzig, Stuttgart und München in allen Werkstätten und in allen Sparten Lohnaufstellungen vorgenommen werden sollten, deren Richtigkeit durch die Betriebsräte zu bestätigen war. In Leipzig war die Lohnstatistik am vollkommensten ausgefallen, während von den übrigen Städten das nicht gesagt werden kann. Jedemfalls muß in zukünftigen Fällen, wenn die Affordräge richtig aufgestellt werden sollen, eine durchaus einwandfreie Lohnstatistik geführt werden. Immerhin konnte das gesammelte Material eine sehr wohl brauchbare Unterlage für unsere Verhandlungen bieten, denn ohnedem wäre es ganz unmöglich gewesen, auch nur einigermaßen das Richtige zu treffen. Inwieweit uns unsere Aufgabe gelungen ist, steht allerdings dahin. Wenn es hier und da und in jedem Falle nicht gelungen ist, Ungerechtigkeiten zu beseitigen, so wollte man eben beachten, daß einen ganz fehlerfreien Affordraris zu schaffen bei den heutigen Produktionsverhältnissen überhaupt nicht möglich ist. Solange wir in einer Wirtschaftskondition wie der jetzigen arbeiten müssen, wo auf der einen Seite Arbeitgeber und auf der anderen Arbeitnehmer stehen, da stoßen sich die Interessen, und bei solcher Sachlage unsere idealen Affordraris zu schaffen, ist eine Aufgabe, die zu erfüllen auch der beste Unterhändler unsererseits nicht in der Lage ist. Wir glauben, daß die nunmehr abgeänderten Affordräge zum mindesten den größten Teil der berechtigten Beschwerden zum Schweigen bringen werden und hoffen, daß es eventuell in den übrigbleibenden Fällen durch örtliche oder persönliche Verhandlungen noch gelingen wird, den beteiligten Mitgliedern zu ihrem Rechte zu verhelfen. Bemerkten wollen wir noch, daß die abgeänderten Preise voraussichtlich erst dann in Kraft gesetzt werden können, wenn das neue Zeitlohnabkommen, über das vom 27. Mai an verhandelt werden soll, zu laufen beginnt. Dieser spätere Termin mußte gewählt werden, weil die Arbeitgebervertreter bei Eintritt in die Verhandlungen erklärten, daß das Ergebnis der Revisionsverhandlungen erst allen Ortsvorständen ihres Verbandes unterbreitet werden müsse. Unsere Forderung, die neuen Lohnsätze am 1. März in Wirksamkeit treten zu lassen, haben die Arbeitgeber mit der obigen Begründung einmütig abgelehnt. In denjenigen Fällen, in denen unsere Mitglieder Vorschläge erhalten haben, wird man sich in irgendeiner Form zu verständigen haben. Wo sich dabei Differenzen ergeben, wird es Aufgabe unserer Tarifkommissionen sein müssen, rechtzeitig einzugreifen.

Wir geben nun im Nachstehenden einen kurzen Überblick über das Verhandlungsergebnis, wobei wir zu beachten bitten, daß wir uns aus naheliegenden Gründen auf das Notwendigste beschränken müssen.

Abteilung 4. Falzen. Hier verlangten die Arbeitgeber auf das Allerentschiedenste eine Herabsetzung der Preise um 10 Prozent. Das Protokoll sagt darüber:

Ueber die endgültigen Löhne in der Falzabteilung konnte eine Einigung nicht erzielt werden; es sind neue Unterlagen zu schaffen. Sollten diese den seitens der Arbeitgebervertreter beantragten Abzug rechtfertigen, so soll diese Angelegenheit bei der nächsten eventuellen Lohnerhöhung Berücksichtigung finden.

Abteilung 10. Ruten. Die gemeinschaftliche Tarifkommission bringt zum Ausdruck, daß die vorgegebenen Preise Anwendung finden sollen unter der Voraussetzung, daß die Nutmaschine 60 Touren macht. Dort, wo das nicht der Fall ist, sind die Preise entsprechend zu erhöhen.

Abteilung 12. Heben mit der Maschine. Bei allen Positionen erhalten die Formate 1 bis 6 einen Zuschlag von 5 Prozent, die Formate 7 bis 14 einen solchen von 10 Prozent.

Abteilung 22. Bilder, Karten oder Blätter Heben. Alle Positionen erhalten in

den Formaten von 1 bis 14 einen Zuschlag von 10 Prozent.

Abteilung 23. Anhängen und Umbrechen. Alle Positionen erhalten in den Formaten von 1 bis 14 einen Zuschlag von 10 Prozent.

Abteilung 26. Zusammentragen. Position 236, Format 1, 60 Pf., Format 2-8 38 Pf.; Format 7-8 40 Pf.; Format 9-12 46 Pf.; Format 13-16 60 Pf.; Format 17 70 Pf.; Format 18 85 Pf.

Abteilung 29. Walzen. Ueber die Forderung der Gehilfenvertreter, einen entsprechenden Zuschlag für das Walzen festzulegen, konnte eine Einigung nicht erzielt werden, da genügende Unterlagen fehlen. Es wird empfohlen, die Bezahlung zunächst betriebsweise zu regeln und die endgültige Regelung einer späteren Vollsitzung vorzubehalten.

Abteilung 32. Seiten. Position 342 und 415: 1000 Bogen, ganz beschnitten oder ganz aufgeschnitten, auf Lage besten 100 Prozent Aufschlag des Preises für den Bogen der tatsächlichen Buchgröße. Bei Position 342a und 415a wird eingefügt: Jeder Stich zählt als Bogen.

Table with 3 columns: Position, Format, Price. Includes entries for Pos. 416, 417, 418 with various format prices.

Abteilung 35. Stöße machen und Leimen. Position 469 und 471: Je weitere angefangene 5 Bogen im Format 1-14 12 Pf. mehr; im Format 15-24 8 Pf. mehr. Ueber 50 Bogen, je weitere 5 Bogen Format 1-14 15 Pf.; Format 15 bis 24 10 Pf.

Table with 3 columns: Position, Format, Price. Includes entries for Pos. 466, 467, 468, 488 with various format prices.

Position 489. Ueber 50 Bogen, je weitere angefangene 5 Bogen Format 1-11 13 Pf.; Format 12 bis 19 17 Pf. mehr. Bücher über 40 Bogen einzeln schneiden 3 1/2 Prozent Zuschlag. Wenn bei Büchern mit stärkerem Papier 500 Blatt in beschnittenem Zustande 80 Millimeter übersteigen, so sind 10 Prozent; und bei 100 Millimeter 15 Prozent auf die tariflichen Preise mehr zu zahlen.

Abteilung 40. Sprengen der Schritte. Die Abteilung erhält einen Zuschlag von 15 Prozent.

Abteilung 50. Ruten, Stangen, Gassen. In der ganzen Abteilung werden die Preise um 15 Prozent erhöht. Für Ruten mit Fußbetrieb wird wie bei Position 97 ein Zuschlag von 50 Prozent gewährt, für Gassen bei Maschinen mit Fußbetrieb wie in Position 445 ein Zuschlag von 33 1/2 Prozent.

Abteilung 52. Decken machen. Ueber die Forderung der Gehilfenvertreter, einen entsprechenden Zuschlag für das Anfmähieren mit dem Pinsel festzulegen, konnte eine Einigung nicht erzielt werden, da genügende Unterlagen nicht vorhanden waren. Es wird empfohlen, die Bezahlung dieser Arbeitsweise zunächst betriebsweise zu regeln und die endgültige Regelung einer späteren Vollsitzung vorzubehalten.

Die Gehilfen forderten einen Zuschlag von 25 Prozent.

Table with 3 columns: Position, Format, Price. Includes entries for Pos. 647, 648, 649 with various format prices.

Hinter Position 657 wird eingefügt: Werden Kunden mit der Maschine eingezogen, so ist „glatte Decken machen“ nach Position 647 zu bezahlen. In Position 658 ist hinter dem Wort „Rückeneinlage“ das Wort „Schrenz anfmähieren“ einzufügen.

Table with 3 columns: Position, Format, Price. Includes entries for Pos. 661, 679, 681, 682, 684, 685, 686, 687, 692, 694 with various format prices.

Abteilung 61. Abstecken. Es erfolgt auf alle Formate ein Zuschlag von 20 Pf.

Abteilung 62. Grundieren. In den Betrieben, in denen das Grundieren bisher als Mädchenarbeit üblich war, kann es auch weiterhin von Mädchen ausgeführt werden. Sofern aber das Grundieren von Gehilfen ausgeführt wird, sind die Affordräge um 33 1/2 Prozent zu erhöhen.

Abteilung 63. Die Positionen 790, 791, 792, 800, 801, 808, 809, 810, 811, 812, 813 und 814 werden in allen Formaten um 10 Pf., die Positionen 783, 793, 798, 806 und 807 um 20 Pf., die Position 799 um 30 Pf. erhöht.

Abteilung 71 und 72. Ueber die Forderung der Gehilfenvertreter, einen entsprechenden Zuschlag für das Klappenmachen festzulegen, konnte eine Einigung nicht erzielt werden, da genügende Unterlagen fehlen. Es wird deshalb empfohlen, die Bezahlung zunächst betriebsweise zu regeln und die endgültige Regelung einer späteren Vollsitzung vorzubehalten.

Abteilung 76. Einschlagen. Pos. 1088 über 80 Bogen Form. 1-6 4 Pf. 40 8 usw.

Dieselbe Veränderung erfährt die Position 1086. Die Position 1095 wird bei über 30 Bogen um 10 Pf., bei über 40 Bogen um 20 Pf. erhöht. Die Positionen 1110 bis 1115 erhalten auf sämtliche Forderungen einen Zuschlag von 10 Prozent.

Es sei noch einmal darauf hingewiesen, daß die vorstehenden Abänderungen die Gesamtarbeit der Verhandlungskommission nicht darstellt. Das Gesamtergebnis wird zusammengestellt als 1. Nachtrag zum Tarif erscheinen und zwar dergeßtalt, daß jedes einzelne Mitglied die Möglichkeit hat, die Neuerungen an der richtigen Stelle anbringen zu können. Vorher lag uns daran, einen Überblick zu geben und dies dürfte mit Vorstehendem erfüllt sein. W.

Die Not der Gewerkschaftspresse.

Papiernot und Preissteigerungen lasten schwer auf der Presse, vor allem auf der Fachpresse und auf den Gewerkschaftszeitungen. Die letzteren sind nun besonders besonders übel daran, weil ihre Ausgaben fast völlig von den Verbandskassen gedeckt werden müssen und mit Einnahmen besonderer Art nicht zu rechnen ist. Was für Anzeigen und Abonnements eingenommen wird, ist bei dem heutigen Geldwert nicht zu rechnen. So kommt es, daß der größte Teil der Gewerkschaftspresse in stark verfürztem Umfange erscheint. Erst jüngst zeichnete der „Courier“ des

Transportarbeiterverbandes ein Bild von der Not der Gewerkschaftspresse, indem er schrieb:

Die maßlose Steigerung der Papierpreise und die Erhöhung des Portos verursachen unserem Verbands für seine Presse eine Jahresausgabe von rund 8 Millionen Mark. Diese hohe Summe belastet unsere Verbandskassen so stark, daß unbedingt an eine wesentliche Einschränkung dieser Ausgabe gedacht werden muß. Der erweiterte Verbandsvorstand hat deshalb in seiner Sitzung am 28. April auf Vorschlag der Redaktion beschlossen: Der Umfang des „Courier“ und der „Schiffahrt“ wird in Zukunft auf 4 Seiten herabgemindert, nur in ganz bringenden Fällen ist die Redaktion berechtigt, den „Courier“ 8 Seiten stark herauszubringen. Die Konsequenz dieses Beschlusses ist, daß solange diese Notwendigkeit anhält, Versammlungsberichte nicht mehr aufgenommen werden können. Berichte über Lohnverhandlungen müssen ganz zurück gelassen, aus den Tagesberichten muß alleinig die Ausnahme der Reichstags, nur ganz wichtige Auszüge gebracht werden.

Wir bitten ferner die Verwaltungen, ihre Zeitungsbestellungen auf die knappste Zahl zu beschränken und keine unnötigen Reserven in den Bureaus aufzuspeichern.

Was hier für den „Courier“ gesagt ist, trifft auf alle Gewerkschaftszeitungen im Verhältnis zu ihrem Umfang und ihrer Auflage zu. Bei uns ist das Verhältnis nicht viel anders. Die gewaltigen Preissteigerungen haben den Ausgabenposten für die „Buchbinder-Zeitung“ ins Ungemessene anschwellen lassen. Im Jahre 1914 kostete die Zeitung bei einer Auflage von 36 000 Exemplaren an Satz, Druck, Papier usw. 552 Mk. Heute kostet die gleiche Auflage aber 6764,90 Mk. Dazu kommt die wesentlich höhere Auflage von heute mit rund 89 000, die eine Ausgabe nur an Satz, Druck, Papier usw. von 14 672 Mk. allmählich erfordert. Und ab 1. Juni tritt eine weitere wesentliche Steigerung dieser Preise ein. Gegenüber 1914 ist der Satz um das 10fache, der Druck ebenfalls um das 10fache, die Stereotypkosten auch um das 10fache, die Buchbinderarbeit um das 6,25fache und das Papier Ende Mai um nicht weniger als das 20fache gestiegen. Für Papier tritt am 1. Juni eine weitere nicht unerhebliche Erhöhung ein, so daß hier mit einer 25fachen Steigerung gerechnet werden muß. Jedes einzelne Exemplar unserer Zeitung kostet uns jetzt fast 25 Pf., und der Jahresetat dürfte sich auf 6-700 000 Mk. belaufen. Diese gewaltigen Preissteigerungen, die von uns nicht verhindert werden können, haben auch unseren Vorstand veranlaßt, zu beschließen, daß ab nächster Woche die „Buchbinder-Zeitung“ nur heftig zu erscheinen hat, und daß nur bei besonderen Gelegenheiten 8 Seiten herausgegeben werden.

Die Höhe unserer Beiträge gestattet uns nicht, diese horrenden Ausgaben zu machen, zumal als sicher zu gelten hat, daß es mit den Preissteigerungen noch nicht zu Ende sein wird. Unsere Mitglieder werden darum den Beschluß des Verbandsvorstandes verstehen und würdigen.

Wir wollen diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, unsere Verwaltungen dringend zu ersuchen, mit der zugefandten Anzahl der Zeitungen auf das sparsamste umzugehen. Jede einzelne Verwaltungsstelle prüfe genau nach, ob die bestellte Zeitungszahl in Übereinstimmung mit der Mitgliederzahl steht. Unsere Auflage ist um zirka 2000 höher als die Mitgliederzahl. Das braucht nicht zu sein. Sparsamkeit ist auch hier am Platze.

Lebensunterhaltskosten in Frankfurt a. M.

Die enorme Steigerung der Lebensunterhaltskosten, unter der die Arbeiterklasse seit dem Kriege in wechselndem Maße zu leiden hat und die in der letzten Zeit sich besonders stark fühlbar machte, wird durch eine fortlaufende statistische Arbeit von Dr. Eissas-Frankfurt a. M. ebenfalls einwandfrei bewiesen. Zur Förderung der Einführung einer gleichenden Lohnskala gibt Dr. Eissas seit einiger Zeit Zusammenstellungen der Frankfurter Lebensunterhaltskosten heraus, die gegenüber den von Calmer herausgegebenen Zahlen der Lebensmittelpreise den Vorrang haben, daß uns hier die Kosten für den gesamten Lebensunterhalt errechnet werden. Und wenn auch die Zahlen auf absolute Zuverlässigkeit keinen Anspruch erheben können, was bei dem schwierigen Problem natürlich ist, so ist doch von verschiedenen zuverlässigen Kritikern anerkannt, daß den Zusammenstellungen von Dr. Eissas ein hoher Wert zukommen werden kann, da sie den tatsächlichen Verhältnissen am nächsten kommen. Uns scheinen die Zahlen eher unter als über den tatsächlichen

Preisen sich zu bewegen. Bei alledem muß aber immer wieder darauf verwiesen werden, daß es sich bei den Löhnen nur um das sogenannte Existenzminimum, also das, was eine vierköpfige Familie zum allermindesten zum Lebensunterhalt haben muß, handelt.

Nach der soeben erschienenen Zusammenstellung wird nun nachgewiesen, daß die Kosten des Lebensunterhalts in noch nie dagewesener Weise seit dem 1. März 1920 gestiegen sind. Im Grunde genommen bringen uns diese Zahlen damit nichts Neues. Denn jeder von uns hat die Verschlechterung des Lebensunterhalts am eigenen Leibe schümmen genug gespürt. Aber außerordentlich wertvoll ist, daß uns diese Tatsache von durchaus unparteiischer Seite in einwandfreier Weise bestätigt wird.

Nach der erwähnten Zusammenstellung sind in Frankfurt a. M. die wöchentlichen Löhnen für den gesamten Lebensunterhalt einer vierköpfigen Familie von 198,08 Mk. am 1. März 1920 auf 289 Mk. am 1. Mai 1920 gestiegen. Also in zwei Monaten eine Steigerung von 91 Mark = 46 Proz. pro Woche. Und zwar rührt die ganz ungeheuerliche, noch nie dagewesene Steigerung fast ausschließlich aus der Preissteigerung der Lebensmittel her. Dabei gehört Frankfurt a. M. noch lange nicht zu den Städten, deren Lebensunterhaltskosten am teuersten sind. Unter den in der Zusammenstellung erwähnten 34 größeren Städten sind noch 9 Städte, deren Lebensunterhaltskosten noch weit über dem Frankfurter steht, darunter Köln mit 336 an erster Stelle.

Gegenüber solchen Zahlen müssen die unberechtigten Behauptungen der Unternehmer und arbeitseindlichen Kreise über angeblich maßlose Lohnforderungen der Arbeiter auf das allerschärfste zurückgewiesen werden.

Ein Vergleich unserer Lohnsätze mit den obigen Zahlen zeigt mit trasser Deutlichkeit, wie schlecht die Arbeiterklasse entlohnt wird, und daß sie nicht bloß ein Recht, sondern die Pflicht hat, für höhere Löhne zu kämpfen.

M. S.

Die Reisenden-, die Zigarren- und Zigarettenstutzen- und die Cüen- und Beutellindustrie.

Der Aufsatz des Kollegen Bergl-Bielefeld gibt mir Anlaß zu folgenden Zeilen. Die Verhältnisse in der Reisenden- und Beutellindustrie sind ähnlich, denn es werden dort neben Glasmalern, Photographen, Buchbindern, Photographen, Kopierern, Vertikutiermaschinen, Aufzieherinnen, Raschierinnen, Ruberinnen, Kartonnagenarbeiter und -arbeiterinnen und Expedienten beschäftigt. Wer will behaupten, daß wir nicht berechtigt sind, diese Branchen durch rege Agitation für uns zu gewinnen? Wir stehen schon längere Zeit mit einem solchen Betriebe im Tarifverhältnis. Alle dort Beschäftigten — mit Ausnahme der Photographen — sind bei uns organisiert. Der Kartonnagetarif bietet hier ein Vorbild. Aber dadurch, daß diese Branche in anderen Orten vernachlässigt wird, haben zum Teil zum Schaden der Berufsangehörigen andere Gewerkschaften die Vertretung der Interessen übernommen. Abgesehen vom guten Willen gilt es doch zu bedenken, daß die Verhandlungen für uns erschwert werden, weil immer die Konkurrenzrücksichten eine Rolle spielen. Schreiber dieses wurde vom Arbeitgeber direkt darauf aufmerksam gemacht. In Nürnberg sind zum Beispiel 3 solcher Betriebe, welche für uns in Frage kommen.

Ein Stiefmütterchen ist die Zigaretten- und Zigarrenstutzenindustrie. Dort ist noch alles im Argen. Wir haben hier einen Haustarif mit einer Firma. Da nun anderwärts die Arbeiter in Fabrikarbeiterverband, teils überhaupt nicht organisiert sind, so herrscht reinste Anarchie in dieser Branche. Interessant wirkt es dann, wenn wegen der Lebensmittelerhöhung ein gerechter Ausgleich geschaffen werden soll durch Erhöhung der Wochen- und Alltagslöhne. Meistens erklärt dann die Firma die Forderungen für unerschämmt, und man wird dann zum Kommunizieren gestempelt. Den Schaden tragen aber unsere heftigen Mitglieder in der Branche, denn wir kommen durch die Rückständigkeit anderer Orte ins Hintertreffen. Ein Reichstagsrat, angegliedert an den Kartonnagetarif, würde zweckdienlich sein, da diesen Betrieben auch größtenteils Kartonnagenabteilungen angegliedert sind. Neben anderen Städten kommen Berlin, Dresden, Königssee, Thüringen und Oppeln in Frage.

In der Tüten- und Beutellindustrie ist es zum Teil nicht besser. Ist es richtig, daß z. B. der Transportarbeiterverband für diese Branche Tarifverträge abschließt wie in Hamburg?

Also Kollegen und Kolleginnen in den Zahlstellenverwaltungen! Wendet Euer Augenmerk auf diese Branchen, sie gehören den Verhältnissen nach zu uns. Sehen wir zu, daß wir auch in diesen Branchen unermüdet tätig sind. Wo die Berufsangehörigen in anderen Verbänden sind, da muß versucht werden, mit dem betreffenden Gewerkschaften zwecks Lebertritts zu verhandeln. Damit beizugehen wir die Anarchie.

Ernst Junger, Görlitz.

Die Jugendfrage.

In letzter Zeit wurde in unserer „Buchbinder-Zeitung“ auch auf die Bedeutung der Jugendfrage hingewiesen. Und mit Recht. Es ist unsere heilige Pflicht, uns mehr als bis bisher Gedanken zu machen, um unseren Nachwuchs zu kümmern. Ueberall, bei Tarifverhandlungen und Gewerkschaftsfragen, dürfen wir die Jugendfrage nicht beiseite schieben. An uns selber liegt es, um wir tüchtige Verbandsmitglieder, die uns auch im Verbands- und Gewerkschaftsleben treu zur Seite stehen, heranzubilden oder ob wir, wie es jetzt leider vielfach der Fall ist, Kollegen haben, die wohl ihre Beiträge bezahlen, sonst aber in keiner Versammlung zu sehen sind. Nicht früh genug können den jungen Leuten die Ziele und Zwecke unseres Verbandes und der Gewerkschaften vor Augen geführt werden. In jeder größeren Stadt sollte ein Ausschuss gegründet werden, der es sich zur Aufgabe macht, über die Ausbildung der Lehrlinge zu wachen und Eltern wie Lehrlingen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Ein derartiger Ausschuss muß ja nicht von den Kollegen gebildet werden, die schon ein Amt haben und durch Tarifverhandlungen und andere Arbeiten ohnehin stark beschäftigt sind. Im Gegenteil würde es nur zu begrüßen sein, wenn sich auch einmal andere Kollegen, die bisher kein Amt inne hatten, in einem derartigen Ausschuss wählen ließen, die sich den anfallenden Arbeiten dann voll und ganz widmen könnten. Die paar Stunden monatlich wird doch jeder Kollege übrig haben, zumal es sich um eine derart wichtige Sache handelt, die unserem Verbands in späteren Jahren sicher gute Früchte bringen wird.

Die erste Aufgabe müßte die Veranlassung von Versammlungen sein. In diesen Versammlungen müßten dann die Lehrlinge und deren Eltern eingeladen werden, denn viele Eltern sind über Zweck und Ziel der Verbände wenig unterrichtet. Durch Vorträge über Entstehung Zweck und Ziel der Verbände und Gewerkschaften würden dann Eltern und Lehrlinge über diese Fragen aufgeklärt werden. Ferner sollte jedes Jahr, wenn an die Kinder die Frage der Berufswahl herantritt, eine Auskunfts- und Beratungsstelle errichtet werden. Hier könnten sich die Eltern vor Abschluß von Lehrverträgen und anderen Angelegenheiten Rat und Hilfe holen; denn in derart wichtigen Angelegenheiten dürfen die Eltern nicht nur von den Meistern, sondern sie müssen auch von den Gehilfen beraten werden. Die Gehilfen sollten das Recht und die Pflicht haben, über die Ausbildung der Lehrlinge zu wachen. Auch bei der Leitung des Fachunterrichts in den Schulwerkstätten sollten die Gehilfen beteiligt sein. Lassen sich die Meister und Unternehmer bei der Ausbildung der Lehrlinge vielfach — nein meistens — von ihrem Geschäftsvorteil leiten (man denke an die Widerstände der Meister, den Schul-, Fach- und Werkstättenunterricht in die Arbeitszeit einzurechnen), dann müssen die Gehilfen bzw. der Ausschuss darüber wachen, daß aus unseren Lehrlingen tüchtige Gehilfen herangebildet werden, die auch in ihrem erwählten Beruf ihr Auskommen finden können. Ein Beispiel, wie ein Meister immer auf seinen Vorteil bedacht ist, kann ich aus meiner Lehrzeit berichten. Ich interessierte mich als Lehrling sehr für das Pressergelb. Das hatte mein Meister sehr bald gemerkt. Eines Tages sagte er mir nun, wenn ich gern das Pressen lernen wollte, dann sollte ich entweder abends länger arbeiten oder Sonntags kommen, dann wollte er mir's lehren; während der Arbeitszeit (damals 11-12 Stunden mit Aufräumen) hätten wir keine Zeit dazu. Was blieb mir da übrig; während zwei Jahren habe ich dann außer der Arbeitszeit jede Woche mindestens 6-8 Stunden das Pressen gelernt. Dabei hatte ich Gelegenheit, die Geschicklichkeit meines Meisters zu bewundern, mit der er mir immer wieder bewies, daß ich noch lange nicht pressen könne und während der Arbeitszeit keine Rede davon sein konnte. Als er mir nach Beendigung der Lehrzeit anbot, mir das Pressen weiter zu lehren, nur könne er mir die ersten 4 Wochen seinen Lohn zahlen, da war ich undankbar genug.

dies großmütige Anerkennen abzufragen und zu fundigen. Neuhliche Erfahrungen werden viele Stellen gemacht haben. Auch in derartigen Angelegenheiten würde ein Gefühlsausfluß, eine dankbare Aufgabe finden. Die Lehrlinge müssen sehen, wo es gut mit ihnen meint und ihr Wesen will. Jeder Lehrling muß wissen wohin er gehört, wenn er ausgelehrt hat, und warum er sich dem Verbands angeschlossen hat und was die anderen Kollegen von ihm erwarten: Tätige Mitarbeit in allen Verbandsangelegenheiten. Alle Lehrlinge sollten auch angehalten werden, sich einem Turn- und Wanderverein anzuschließen, denn unsere Organisation braucht ganze Männer, die auch körperlich gesund sind. Mutz und gut, ein derartiger Ausschluß würde sich vor große Aufgaben gestellt sehen, würde aber für unseren Verband und die Jugend unendlich segensreich wirken. Die Jugendfrage ist bis jetzt vernachlässigt worden. Kollegen, stellt in Eurer nächsten Versammlung diesbezügliche Anträge. Noch ist es nicht zu spät. Alle Schwierigkeiten, die sich uns zuerst entgegenstellen werden, sind da, um überwunden zu werden.

Wird eine Beitragserhöhung erforderlich?

Nach langer Zeit ist nun endlich der Reichstaxtarif zum Abschluß gekommen. Damit ist ein Ziel erreicht, nach dem unsere Kollegenarbeit ihre Arbeitskraft jetzt nach dem Reichstaxtarif verkaufen können, wenn im ganzen auf die Durchführung gehalten wird. Die Arbeitgeber, die gegen die Erbschaftsteuer Sturm laufen und damit einen Teil des Lohnes den Arbeitnehmern entziehen wollen, versuchen noch im letzten Augenblick, Vorteile herauszubohlen. Unsere Kollegenarbeit muß sich nun ihrer Aufgabe bemächtigen und nicht tatenlos zusehen. Wir allen Mitteln muß versucht werden, die Fäden der sturmraufenden Arbeitgeber zu unterbrechen und damit die eigene Lage zu sichern. Wir müssen uns darüber klar sein, daß die zukünftigen gesetzlichen Verhandlungen nur dadurch erleichtert werden können, daß in den einzelnen Orten die Löhne der entsprechenden Erbschaften erreicht werden. In einem solchen Kampfe bestand sich die Schleifische (Prieger und Striegauer) Kollegenarbeit. In vielen anderen Orten werden dieselben Forderungen gestellt, die aber nicht immer unterstellt werden können, weil die Tatsache nur zu bekannt ist, daß bei den jetzigen Höhen der Streikunterstützung ein längerer Kampf nicht zugemutet werden kann. Vielmehr werden infolge der der Beteiligten Streiks in Mürze wieder abgebrochen werden müssen, ohne den gewünschten Erfolg zu erzielen. Ferner muß zugegeben werden, daß nicht überall gleich die Kollegenarbeit Entbehrungen zu tragen bereit ist, weil noch immer bei ihnen das Selbstbewußtsein fehlt. Wir sind daher gezwungen, schrittweise zu marschieren und nur dort einzugreifen, wo eine unbedingte Notwendigkeit sich herausstellt. Auch die sogenannten Teilstreiks können nur in diesem Rahmen gehalten werden. Bei unserem jetzigen Verbandsvermögen können wir uns leider keinen Streik auf der ganzen Linie erlauben, sonst besteht die Gefahr, nicht den diesel notwendigen Erfordernisse Rechnung tragen zu können. Auf der anderen Seite kann uns aber der Reichstaxtarif nur dann einen Erfolg sichern, wenn unsere Arbeitgeber eine geschlossene Macht vorfinden, die allen Kämpfen gewachsen ist. Es muß daher unsere Aufgabe sein, den Verband so auszugestalten, daß er allen Widerständen der Arbeitgeber entgegenzutreten kann. Je schneller der Weg eingeschlagen wird, desto sicherer können wir in die Zukunft blicken. Eine Erhöhung der Beiträge steht heute deshalb im Vordergrund. Viele Kleinmütige wird es wieder geben, doch dürfen wir uns der Durchführung dieser Aufgabe nicht entziehen. Ich sehe auf dem Standpunkt, daß die Beiträge in der Höhe eines Stundenlohnes zu erheben sind, sowie die Lokalzuschläge so zu bemessen, daß auch Zuschläge zu den zentralen Unterhaltungen gewährt werden können. In allen Orten muß mit aller Wärme für eine Erhöhung eingetreten werden. Inwiefern dann die Unterhaltungsätze erhöht werden können, müssen Verbandsvorstand und Beirat entscheiden. Zunächst haben wir ein Interesse daran, die Verbandskasse den Zeitverhältnissen anzupassen. Nach reichlicher Ueberlegung wird es wohl keinem Kollegen einfallen, entgegengetreten zu stimmen. Mit der Ablehnung würden wir uns den Weg zur Verbesserung unserer eigenen Lage veripieren. Wir dürfen unter keinen Umständen in die alte Kleinmütigkeit verfallen, sondern müssen zur Verbesserung der Verbandskasse unser ganzes Können einsetzen und bei allen Kollegen und Kolleginnen schon heute auf eine Erhöhung der Beiträge hinarbeiten. Denn unsere Zukunft hängt von der Beitragserhöhung ab.

Georg Fischer, Dresden.

Berichte.

Berlin. Infolge Ablaufes des Reichstaxtarifs für die Gutsherren der neuen Verhandlungen im März stattfinden. Es war aber erst am 11. April möglich, mit den Fabrikanten in Eisenach zu verhandeln, da der Generalstreik und sonstige Umstände dazwischen kamen. Die Verhandlungen gestalteten sich diesmal besonders schwer, weil auch die Fabrikanten der Kartonnagenindustrie daran teilnahmen. Schon bei der Ausarbeitung des Tarifentwurfs waren es die Unternehmer der Kartonbranche, die es verstanden haben, die besten Rollen für sich aus dem Auchen zu holen und der Arbeiterschaft nur den Rest zu lassen. Genau so war es in Eisenach. Wenn die Fabrikanten der Eisenbranche mit unseren Vertretern allein gewesen wären, dann hätten wir die halbe Zeit dazu gebraucht. Aber da dieser Reichstaxtarif auch für die Kartonnagenindustrie Geltung haben sollte, scheiterte vieles an der Halsstarrigkeit der Unternehmer. Nach fünftägiger Verhandlung wurden Löhne festgesetzt, wie sie in der „Buchbinder-Zeitung“ Nr. 18 ersichtlich sind. In Eisenach wurde darauf hingewiesen, daß die Kollegenarbeit Berlin mit diesen Löhnen nicht zufrieden sein werde. In der Präsidentschaftsversammlung vom 22. April wurde dann auch bekannt gegeben, daß am 27. April eine örtliche Verhandlung in Berlin stattfinden. Zu dieser wurde eine besondere Kommission gewählt. Auch bei dieser Verhandlung mußten wir die Hartnäckigkeit der Fabrikanten kennen lernen. Die Herren stellten sich auf den Standpunkt, daß es ihnen nicht möglich sei, höhere Löhne zu bewilligen, da sonst die Gefahr vorliege, daß sie ihre Betriebe schließen müßten. Dies ist das alte Lied, was uns die Herren schon seit 20 Jahren erzählen. Nach dreijähriger Auseinandersetzung kamen wir endlich zu folgender Resultat: Die Kollegen erhalten auf der neuen Lohn inkl. Teuerungszulage einen Lohnzuschlag von 1,25 Mk. pro Stunde. Arbeiterinnen erhalten einen solchen von 0,85 Mk. pro Stunde. Der Abzug: „Spezialarbeiter“ kommt für Berlin in Fortfall. Dafür wird gesagt: „Besonders qualifizierte Arbeiter unterliegen grundsätzlich der Entlohnung besonderen örtlichen Vereinbarungen.“ Montage wird mit einem Zuschlag von 0,30 Mk. pro Stunde vergütet.

Als in der Präsidentschaftsversammlung vom 29. April das Resultat bekanntgegeben wurde, wies die Kollegenarbeit dies zugunsten zurück mit dem Bemerkens, daß das nicht viel zu minimal sei und andere Schritte unternommen werden müßten. Die Präsidentschaft machte darauf aufmerksam, daß am 14. Mai eine neue Zulage von 0,25 Mk. pro Stunde eintritt und wir dann später immer noch Zeit hätten, wenn es die Verhältnisse mit sich bringen, neue Forderungen zu stellen. Es liegt aber auch viel an den Kollegen selbst, daß so schlechte Löhne gezahlt werden. Jeder einzelne muß dafür sorgen, seine Arbeitskraft so teuer wie möglich zu verkaufen, denn diese Löhne sind Mindestlöhne. Also siehe jeder seinen Mann. An dem Reichstaxtarif sind bedeutende Verschlechterungen enthalten, da verschiedene Kolleginnen 18-20 Mk. weniger verdienen als vorher. Auch die Bezahlung der Feiertage ist in Fortfall gekommen. Unsere Kollegenarbeit muß daher ein wachames Auge haben, damit unsere Branche von derartigen Verdrähtungen verschont bleibt.

Dresden. Am 18. Mai fand eine gutbesuchte Versammlung der Buchbinder- und Druckerbranche statt. Es galt Stellung zu nehmen zu der durch Verweigerung der Anerkennung des Reichstaxtarifs seitens des Buchbindervereins geschaffenen Lage. Lange berichte ausführlich über diese Vorgänge. Da unser Ortstarif mit dem Buch- und Steinrudereibetrieb am 31. Mai abläuft, sind den Unternehmerorganisationen bereits die neuen Forderungen unterbreitet und um schleunigste Verhandlungen erucht worden. Doch müsse schon jetzt die Kollegenarbeit versuchen, für sich herauszubohlen, was nur tragerd möglich ist. Wenn die Arbeiterschaft weiß, was sie will, wird sie auch ertragen, was sie will. Weiter berichte lange über die Schritte, die unternommen wurden, um Dresden in die 2. Ortsklasse des Reichstaxtarifs einzugliedern. Leider waren alle Bemühungen bisher vergeblich. Mit der hiesigen Buchbinderunion haben kurz vor der Versammlung noch Verhandlungen diesbezüglich stattgefunden, ohne daß es uns gelungen ist, ein anderes Resultat zu erzielen. Mit den Briefhüllenfabrikanten findet noch eine Versprechung statt.

Die Debatte wird von einem guten Geiste befeuert, man fürcht sich nicht vor einer tariflosen Zeit. Die Kollegenarbeit der anderen Branchen versprach tatkräftige Unterstützung. Es wurde noch gewünscht, daß möglichst überall Betriebsbesprechungen abgehalten werden, um zu der Lage Stellung zu nehmen. Eine Anregung, die Betriebsräte und Obleute zu versammeln, fand gleichfalls Zustimmung. Verschiedene Arbeitgeber wollen den Passus über das Infratreten des Reichstaxtarifs nicht recht verstehen. Es wird festgesetzt, daß der Reichstaxtarif ab 16. April Geltung hat.

Hannau. Endlich ist die Zeit gekommen, in der auch die Buchbinder in Hannau erwachen. Wir streben mit den jetzt gezahlten Löhnen gewaltig hinter denen im anderen Gewerbe zurück. So wurden wir im Tarif bei der Erbschaftsteuer aus der 2. in die 3. Klasse gestellt, ein Verfahren, das jede praktische Kenntnis der örtlichen Verhältnisse vernünftiger läßt. Hannau gehört zum Wirtschaftsbezirk Offenbach-Kranfurt. Deshalb erheben die Kollegen und Kolleginnen den schärfsten Protest und verlangen nach Prüfung der Verhältnisse eine Einweisung in die 2. Klasse. Nun hat sich die Sache nach den nun wieder stattgefundenen Erhebungen der Lebensmittelpreise, Steuern und Krankenkassenbeiträge so zugewippt, daß wir, wenn wir mit dem jetzigen Lohne auskommen sollen, langsam dabei verlungern müssen. Deshalb schließen sich die Kollegen den von den Steinrudern gestellten Forderungen an und wurden mit den Vertretern des Verbandes sowie des Betriebsrates bei der Firma Brüning um eine Lohnerrhöhung von 50 Proz., welche außerordentlich gezahlt werden soll, vorstellig. Der Firmeninhaber erklärte jedoch, ihm wären die Hände durch tarifliche Vereinbarungen gebunden und er wolle die Vertreter nicht anhören. Nach langem Hin und Her konnten wir unsere Forderung unterbreiten, welche jedoch zurückgewiesen wurde, weil zurzeit in Berlin Tarifverhandlungen der Steinrunder stattfinden. Als Antwort legte die gesamte Arbeiterschaft der Firma als Protest die Arbeit einmütig nieder und trat zu einer Betriebsversammlung zusammen, in welcher folgende Resolution gefaßt wurde:

„Die Geschäftsverwaltung der Firma Brüning praxiert gegen die bräusche Ablehnung des Herrn Brüning auf die berechtigten Forderungen der Beschäftigten. Aus tatsächlichen Gründen wird eine sofortige Arbeitsunterbrechung nicht vorgenommen, aber sofortiger Streik nach Kenntnis des Tarifabstufes, wenn er den Forderungen der Lithographen, Steinrunder, Buchbinder, Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen nicht entspricht. Jeden Tarif lehnen wir als Demagogie für die Kollegen grundsätzlich ab, um so mehr einen solchen, der nur Hungerlöhne den Arbeitern bietet. Die letzte Warnung ist hiermit an die Firmen gerichtet.“

Als wir vor einiger Zeit zwecks Anerkennung unseres Tarifes vorstellig waren, wurde uns die Antwort zuteil, daß kein Tarif für reine Steinrunder rein in Frage kommen könnte, da als Grundlage der Bierfabrikarist gebietet hätte. Wir haben uns vorläufig zufrieden gegeben und arbeiten nach unserem Ortstarif, wobei wir in diesem Falle besser fahren, da uns die Hände nicht wie dem Unternehmer durch Reichstaxtarif gebunden sind. Bei dieser Gelegenheit ist noch darauf hinzuweisen, daß es nun wirklich Zeit ist, daß ein feher Zusammenfluß stattfindet, und dieses ist um so leichter, wenn wir die Bildung des graphischen Kartells in Angriff nehmen wie anderorts, damit auch die Kollegen im Buchbindergewerbe zu ihrem Recht kommen.

Schmalldalen. Am 16. April fand die langstauende Versammlung der im graphischen Gewerbe beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter statt. Als Redner war Zimmermann-Gotha erschienen, der nach 15-jährigen Interfanten und ausfälligen Darlegungen über den Zweck der Gründung von Graphischen Kartellen den beschaffen Beifall der Versammlung fand. Die Versammlung beschloß einstimmig, sich zu einem Graphischen Kartell für Schmalldalen und Umgebung zusammenzuschließen. Obgleich wurde einstimmig die nachstehende Resolution zur Weiterleitung an die Regierung angenommen:

„Die am 15. Mai in Schmalldalen versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen des graphischen Gewerbes protestieren auf das allerhöchste gegen das Verbot des Druckpapiers ins Ausland. Wenn die Regierung diesem Verbot keinen Einhalt gebietet, wird über kurz oder lang das Resultat zu verzeichnen sein, daß die Buchbinder zum Zerschlagen gezwungen sind wegen des Fehlens und der rasenden Verknüpfung des Druckpapiers. Eine große Arbeitslosigkeit in den graphischen Betrieben wird die Folge sein. Die Versammelten fordern deshalb von der Regierung Sicherstellung des Druckpapiers und der Pappen für den Inlandsbedarf.“

Rundschau.

Einkommensteuergesetz und Versicherungsbeiträge. In dem ursprünglichen Entwurf eines Reichseinkommensteuergesetzes waren neben den Abgaben für die Sozialversicherungsbeiträge nur solche für besondere Steuerklassen bis zur Höhe von 100 Mk. vom steuerpflichtigen Einkommen vorgegeben. In dem meisten bundesstaatlichen, jetzt bestehenden Einkommensteuergesetzen waren außerdem Lebensversicherungsbeiträge bis zu einer gewissen Höhe (in Preußen z. B. bis 600 Mk.) abzugänglich. Auf Antrag hat die Nationalversammlung beschlossen, in dem zukünftigen Einkommensteuergesetz für das ganze Reich die Prämien für die Lebensversicherung bis zur Höhe von 600 Mk. von der Steuer frei zu lassen. In sehr vielen Fällen bedeutet das die Abschaffung der Steuer um den annähernden Betrag, den die

ganze Jahresprämie für eine Lebensversicherung ausmacht. Als solche kommt für die politisch denkenden, gewerkschaftlich und genossenschaftlich organisierten Arbeiter nur ihr eigenes Versicherungsunternehmen in Betracht, das ist die seit 1913 bestehende Volkssfürsorge (Sitz Hamburg 5), die als sozialisiertes Unternehmen keine Dividenden, und Rentienzahlung und keinen Policenverfall kennt, bei Unfällen sofort die volle Versicherungssumme, in Sterbefällen nach dem ersten Versicherungsjahr bis 3000 Mk., nach dem zweiten bis 5000 Mk. auszahlt; sofortige Gewerkschaftsbeteiligung, keine ärztliche Untersuchung, alle Heberhöhen den Versicherern; Kinder-, Konfirmations- und Aussteuerversicherung.

Millionen neu zu uns Gefommener kennen die Volkssfürsorge noch nicht und lassen sich daher leicht von den Agenten der Privatgesellschaften beschwären. Weitet daher Aufklärungsarbeit über die Vorteile der Volkssfürsorge für die Arbeiterfamilien. Auskünfte erteilen die Montsumvereine, Gewerkschaftsverbände und -büros und in dem größeren Kreis die eigenen Rechnungsführer der Volkssfürsorge.

Veränderung der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge. Durch Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 5. Mai wird die Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge erneut abgeändert. Entsprechend den gerade in den letzten Monaten statt getragenen Reisen mußten die Höchstätze fast durchweg erhöht werden. Auch wird von nun an bei männlichen Erwerbslosen über 21 Jahre ein Unterschied gemacht werden, ob sie im eigenen Haushalt leben oder nicht; dieser Unterschied bestand bisher fast bei weiblichen Unterstützten. Es beträgt künftig der Höchstatz in der Ortsklasse A, zu der die meisten großen Städte gehören, für Männer mit eigenem Haushalt täglich 8 Mk., für Männer im fremden Haushalt täglich 7 Mk., während bisher in beiden Fällen nur 6 Mk. gezahlt werden durften; männliche Erwerbslose unter 21 Jahren erhalten 5 Mk. (bisher 4,25 Mk.). Für weibliche Erwerbslose mit eigenem Haushalt ist der Höchstatz in Ortsklasse A von 5 auf 6 Mk. hinaufgesetzt worden, entsprechend wurde mit den Sätzen für die anderen Ortsklassen verfahren. Auch die Familienzulage, die im Sommer erhöht wurden, wurden bereits erneut heraufgesetzt. In denjenigen Fällen, in denen die neuen Höchstätze in einem unbilligen Mißverhältnis zu den Kosten der Lebenshaltung stehen, kann die Unterstützung durch Anordnung der Landesgenossenschaftsbehörde mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers bis zu dem vom Oberverwaltungsamt festgesetzten Existenzlohn erhöht werden; dagegen ist die Bestimmung, daß der Existenzlohn unter allen Umständen die Mindestgrenze der Unterstützung bildet, weggefallen. Die neuen Sätze treten rückwärts mit dem 1. Mai in Kraft. Während die Erhöhung der Sätze eine nicht unerhebliche finanzielle Mehrbelastung von Reich, Ländern und Gemeinden bedeutet, ermöglicht die zunehmende Besserung des Arbeitsmarktes einen wesentlichen Schritt auf dem Wege zum Abbau der nur für die Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung bestimmten Fürsorge dadurch zu tun, daß vom 1. August d. J. ab die Fürsorge grundsätzlich nur für die Dauer von insgesamt 26 Wochen gewährt wird. Ausnahmen bedürfen in besonderen Fällen der Zustimmung der Landesgenossenschaftsbehörde oder der von ihr bezeichneten Stelle zur Vermehrung unbilliger Sätze. Für Angehörige von Berufen, die einen besonders günstigen Arbeitsmarkt aufweisen, kann die Höchstdauer der Unterstützung sogar bis auf 13 Wochen beschränkt werden. Auf diese Weise hofft man, die Erwerbslosenfürsorge von den chronischen Erwerbslosen, die als Arbeitskräfte für das Wirtschaftsleben nicht mehr in Betracht kommen, zu entlasten. Die sogenannte Sturzarbeiterunterstützung bleibt von dieser zeitlichen Beschränkung einmündlich unberührt. Durch die Verschärfung der Fürsorge auf eine bestimmte Frist wird auch der Übergang zur künftigen Arbeitslosenversicherung, deren Leistungen ebenfalls beschränkt werden, angebahnt. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang noch, daß nach dem letzten Bericht der Demobilisierungskommission die Zahl der unterliegenden Erwerbslosen eine weitere Abnahme auf etwa 312 000 erfahren hat.

Der Gesekentwurf zur Bekämpfung der Tuberkulose ist bereits im November 1919 im Reichsministerium des Innern vorbereitet worden. Auch im Landesgesundheitsamt wurde der Entwurf bereits im April d. J. beraten. Die Öffentlichkeit scheint allerdings bisher fast noch gar keine Kenntnis von diesem wichtigen Akt sozialer Gesetzgebung erhalten zu haben. Der Entwurf bringt zweifelslos außerordentliche gesetzgeberische Fortschritte in der Tuberkulosefürsorge. Jede ansteckungsfähige Erkrankung und jeder Todesfall an Tuberkulose ist danach der zuständigen Gesundheitsdienststelle unzugänglich mitzuteilen. Zur Mitteilung ist der zugezogene Arzt

bei Todesfällen, sofern kein Arzt zugezogen ist, der Haushaltungsbevollmächtigter verpflichtet. Wechelt der Erkrankte die Wohnung oder den Wohnort, so muß er dies ebenfalls der Gesundheitsdienststelle mitteilen. Wenn die Gesundheitsdienststelle es für erforderlich erachtet, kann sie zur zweifelsfreien Feststellung der Art und Ausbreitung der Krankheit Ermittlungen selbst anstellen oder veranlassen. Der Kranke und die Personen, die ihn umgeben, sind zur Auskunftserteilung verpflichtet. Der Kranke muß auch die erforderlichen Untersuchungen an sich vornehmen lassen. Die Gemeinden können von der zuständigen Landesbehörde verpflichtet werden, diejenigen Einrichtungen zu treffen, die zum Schutze der durch Tuberkulose Bedrohten zur Behandlung der Erkrankung und zur geeigneten Unterbringung der ihrer Umgebung hochgradig gefährdeten Kranken notwendig sind. Technische Beratungs- und Fürsorgestellen sind einzurichten. Dem Kranken und den Personen, die ihn pflegen oder umgeben, können Verwaltungsmaßregeln, die zur Verhütung einer Weiterverbreitung der Krankheit geeignet sind, gegeben werden. Werden in der Behandlung des Erkrankten die angeordneten Verwaltungsmaßregeln dauernd nicht befolgt, und ist infolgedessen die Gefahr der Weiterverbreitung der Krankheit besonders dringlich, so kann die Weiterführung des Kranken in ein geeignetes Krankenhaus oder in eine andere geeignete Unterkunftsstätte angeordnet werden. Wo dies nicht möglich ist, kann verfügt werden, daß besonders gefährdete Personen aus der Umgebung des Kranken anderweitig untergebracht werden. Kranken Personen können bestimmte Berufstätigkeiten unterlagert oder in ihrem Betriebe gewisse Beschränkungen auferlegt werden, insbesondere kann Tuberkulosekranken die Beschäftigung als Pflege- und Warteperionen bei erkrankten Kranken, sowie zu Lehrzwecken in Schulen und Unterrichtsanstalten unterlagert werden. Verboten ist anstellungsfähigen Kranken, als Dienstmädchen oder in ähnlicher Stellung tätig zu sein, sofern dabei eine fortwährende Berührung mit kleinen Kindern stattfindet. Kranke jugendliche Personen können von Schul- und Unterrichtsbekunden ferngehalten werden. Desinfektion der Wohnräume ist nach dem Tode und nach jedem Wohnungswechsel der Erkrankten vorzunehmen. Die Behörden der Länder sind verpflichtet, sich bei Bekämpfung der Tuberkulose gegenseitig zu unterstützen.

Sozialversicherung. In allen Ländern regt sich heute der soziale Gedanke mehr wie je. Das neueste Heft des „Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik“ bringt hierüber eine Reihe von interessanten Mitteilungen. Danach hat die deutsche Reichsregierung den Entwurf einer Novelle zum Penjionsversicherungs-gesetz für Angestellte eingebracht. Die schwedische Regierung hat einen Gesekentwurf zur Einführung einer allgemeinen Krankenversicherung für Arbeitnehmer mit einem Einkommen bis zu 400 Kronen aufgestellt. In italienischen Regierungskreisen wird der Plan, eine obligatorische Krankenversicherung einzuführen, ausgearbeitet. Die britische Regierung bereitet einen Gesekentwurf vor, der die Zwangsversicherung gegen Erwerbslosigkeit auf der Grundlage eines allgemeinen Beitrages vorseht. Die während des Krieges geschlossene amerikanische Soldatenversicherung bleibt weiter bestehen. Es ist jedem Heimgeliebten gestattet, sich weiter versichern zu lassen. Ferner wird bei der amerikanischen Regierung die Frage der Arbeitslosenversicherung erörtert. Der Präsident der Republik Argentinien hat dem Bundeskongress die Vorlage von Gesekentwürfen über Alters- und Invalidenversicherung beauftragt. Und die Völkerverbundskommission in Washington hat beschlossen, daß das Mutterrecht recht entweder durch den Staat oder durch ein System von Versicherungen gesichert werde. — So zieht sich der soziale Gedanke durch die ganze Welt, aber nicht der Menschenliebe entspringend, sondern dem Zwange, der durch den wachsenden einigen Willen der werktätigen Völker zum Ausdruck kommt.

Altersversicherung für Arbeiter in Argentinien. Nach einer holländischen Zeitschrift, über die das „Reichsarbeitsblatt“ berichtet, hat die argentinische Kammer einen Gesekentwurf angenommen, der Arbeitern in Privatunternehmen von öffentlichem Interesse eine Alterspension zusichert. Es soll dort ein Pensionsfonds gebildet werden, aus dem den Arbeitern eine Alterszulage und beim Verlassen des Dienstes ein besonderer Zuschuß bzw. eine Unfallrente sowie auch Witwen- und Waisenpension zu zahlen ist. Die Altersrente wird nach 30jähriger Arbeitszeit mit vollendetem 55. Lebensjahre fällig. Zum Teil auch schon für 50jährige nach 20jähriger Dienste. So arbeitet der soziale Gedanke in der ganzen Welt vorwärts. Je mächtiger das Proletariat zusammenwächst, um so mehr ist das Ausblühen des sozialen Gedankens bei uns gesichert.

Erhöhte Portofätze.

Wie sparen wir trotzdem Porto?
Am 6. Mai traten die ersten beauftragten Portofätze in Kraft, die eine rund 100prozentige Erhöhung bedeuten. Das läuft auf eine weitere Verteuerung der Verwaltungskosten hinaus und zwingt zur größtmöglichen Sparamkeit auch bei den Portofätzen, die mit leichter Mühe zu erreichen ist, wenn folgende Grundätze beachtet werden:

1. Nicht um jede Einzelheit besonders schreiben. Sammelbriefe oder Sendungen machen. Ausnahmen nur in einigen Fällen.
2. Wo Briefe sich erörtern, schreibt man Postkarte.
3. Sich klar ausdrücken, um Rückfragen zu ersparen.
4. Sendungen als Geschäftspapiere angeben lassen, wenn sie schriftliche Mitteilungen nicht enthalten. Nicht vergessen, sie als Geschäftspapiere zu bezeichnen, sie offen lassen. Besondere auf Rückseite des Umschlages vermerken, denselben verschließen, damit nichts herausfällt.
5. Gewicht beachten, um Strafpunkte zu vermeiden.
6. Geldsendungen nur durch Postkarten.

Schließlich ergeben sich aus der Praxis neben dieser noch andere Portofachparinöglichkeiten, die beim einzelnen zwar nicht viel ausmachen, aber bei den häufigen und immer wiederkehrenden Sendungen und unserer großen Geschäftsbereife lassen sich die Aufkosten ganz wesentlich herabdrücken.

Die neuen Portofätze.

Briefe (Cris- und Fern-)	bis 20 Gramm	40 Pf.
	bis 250 Gramm	60 "
Postkarten (Cris- und Fern-)		30 "
Druckfaden bis 50 Gramm		10 "
	bis 100 Gramm	20 "
	bis 250 Gramm	40 "
	bis 500 Gramm	60 "
	bis 1 Kilogramm	80 "
Geschäftspapiere bis 250 Gramm		40 "
	bis 500 Gramm	60 "
	bis 1 Kilogramm	80 "
Warenproben bis 250 Gramm		40 "
	bis 500 Gramm	60 "
Mischsendungen bis 250 Gramm		40 "
	bis 500 Gramm	60 "
	bis 1 Kilogramm	80 "
Päckchen bis 1 Kilogramm		1.20 Pf.
Pakete		
	Wahzone	Fernzone
bis 5 Kilogramm	1,25 Mk.	2,-- Mk.
über 5 bis 10 Kilogramm	2,50 "	4,-- "
über 10 bis 15 Kilogramm	5,-- "	8,-- "
über 15 bis 20 Kilogramm	8,-- "	12,-- "

Für bringende Pakete wird die dreifache Gebühr für Sperrzüge ein Zuschlag von 100 v. S. erhoben. Sperrige bringende Pakete sind vom Sperrzuschlag befreit.

Versendungen. Außer der Einschreibgebühr wird erhoben eine Versicherungsgebühr bei Wertbriefen für je 1000 Mk. Wertangaben 1,-- Mk. Wertpakete bis 500 Mk. 1,-- " über 500 bis 1000 Mk. 2,-- " über 1000 für je 1000 Mk. oder einen Teil davon 2,-- "

Voranweisungen bis 50 Mk. 0,50 " über 50 bis 250 Mk. 1,-- " 250 bis 500 Mk. 1,50 " über 500 bis 1000 Mk. 2,-- "

Telegramme. Portogebühr für Cris- und Ferntelegramme 20 Pf., mindestens 2 Pf.

Inhaltsverzeichnis:

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes, betreffend Tagung des Verbandsbeirats — Anfertigung von Verbandsbeamten — Lokalbeiträge — Arbeitslosenrat — Reichstaxi — Betriebsräte-Tagung.

Zum 6. Juni!
Der Deutsche Buchdruckerverein und unser Reichstaxi.

Steigende Salina und Preisrückgang.
Jenikö: Am letzten Tag.
Die Revision des Reichsaffordolnartaris.
Die Not der Gewerkschaftspressen.
Lebensunterhaltskosten in Frankfurt a. M.
Die Reichsrenten, die Stigaren- und Sigarettenspielen und die Lüten- und Getreideindustrie.
Die Jugendfrage.
Ist eine Beitragserhöhung erforderlich?
Berichte: Berlin — Dresden — Danau — Schmalzladen.
Rundschau: Einkommensenergie und Versicherungsbeiträge — Veränderung der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge — Der Gesekentwurf zur Bekämpfung der Tuberkulose — Sozialversicherung — Altersversicherung für Arbeiter in Argentinien.
Erhöhte Portofätze. Inhaltsverzeichnis. Anzeigen.

ANZEIGEN

Zahlstelle Dresden.
Am 19. Mai starb die Kollegin
Hedwig Petzold
im Alter von 16 Jahren.
Ehre ihrem Andenken!
Der Vorstand.

**Zentral-Kranken- und Begräbnis-
kaffe der Buchbinder und verwandten
Geschäftszweige.**

Den Zeitverhältnissen Rechnung tra-
gend hat der Vorstand im Einvernehmen
mit dem Aufsichtsrat und den Abgeord-
neten der Generalversammlung be-
schlossen, § 8 Abs. 2. Beitrag Ziffer 12 bis
mit 31. Dezember 1920 außer Kraft zu
setzen. Bis zu dem genannten Termin
ist damit auch über 50 Jahre alten
Mitgliedern die Möglichkeit geboten, mit
Zustimmung des Vorstandes in eine
höhere Klasse überzutreten zu können.
Entsprechende Anträge sind durch Ver-
mittlung der Ortsverwaltungen an den
Vorstand zu richten.

Der Vorstand.
H. A.: G. Hinte. P. Städter.

Verwaltungsstelle Gr.-Hamburg.
Kassenabend jeden Freitag von 6
bis 6^{1/2} Uhr im Verbandsbureau, Ge-
werkschaftshaus, Besenbinderhof 57 III,
Zimmer 41.12.
Die Ortsverwaltung.

Unserem lieben Kollegen
August Hiemeyer
und seiner lieben Frau, sowie
der lieben Kollegin
Therese Strobl
und ihrem lieben Mann zur
Vermählung die herzlichsten
Glückwünsche.
Zahlstelle Augsburg.

**Anna Heiden
fritz Ehlers**
Verlobte.
Bergerdorf. Gaude.
Pflingsten 1920.

*Wer für sich oder seine An-
gehörigen eine Lebensver-
sicherung abschließen will,
benutze dazu nur die
von der organisierten
Arbeiterchaft ins
Leben gerufene
Volksfürsorge
Gewerkschaftl. - Genossenschaftliche
Versicherungs-Aktiengesellschaft
Hamburg 5.*

Unserem lieben ersten Bevoll-
mächtigten
fritz Bauer
sowie seiner lieben Frau die
herzlichsten Glück- und Segens-
wünsche zur Vermählung.
Zahlstelle Würzburg.

Unlieb verspätet.
Unserem Kollegen
Peter Krones
zu seiner Vermählung die besten
Glückwünsche.
Zahlstelle Karlsruhe.

Unseren lieben Kolleginnen
Anna Laurisch
und
Anna Klau
zur Vermählung die besten Glück-
wünsche. **Zahlstelle Kottbus.**

Unserer lieben Kollegin **Elisa
Nitter** nachträglich d. herzlichsten
Glückwünsche zur Vermählung.
**Zahlstelle Ebersbach-
Neungerodorf.**

Unserem lieben Kollegen
Heinrich Haverkamp
nebst Braut die herzlichsten Glück-
wünsche zur Vermählung.
Zahlstelle Köln.

Unserer lieben Kollegin
frida Haußmann
zur Vermählung die herzlichsten
Glückwünsche.
Zahlstelle Kirchheim.

Unseren lieben Kolleginnen
Gertrud Kaufung und
Paula Braun
zur Verlobung die herzlichsten
Glückwünsche.
Zahlst. Mühlhausen i. Thr.

Unserer lieben Kollegin
Gertrud Klob
die herzlichsten Glückwünsche zur
Verlobung.
Zahlstelle Meifen.

Zahlstelle Berlin :: Jugendkommission
Feier zur Einweihung des Jugendheims
am 7. Juni, abends 7 Uhr, im Hause des Eisenbahnerverbandes,
Halberstraße Ecke Elisabethufer, mit ausgewähltem künstlerischen
Programm der jugendlichen Kräfte. **Musik und Rezitationen.** Wir
laden alle Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen her-
zlichst ein und ersuchen die Betriebsvertrauensleute, auf die Veranstaltung
hinzuweisen.
Die Jugendkommission.

TAFELLEIM
Wo bisher Tafelleim (Knochenleim, Lederleim)
gebraucht wurde, verwenden Sie jetzt unseren
„Leimextrakt“: bezugscheinfrei; Anwendung
und Bindkraft wie bei Tafelleim; haltbar,
warm zu verarbeiten, **kein minderwertiger
Ersatz.** Verlangen Sie Anerkennungs-schreiben.
Preis zurzeit 24,- M. p. kg ab Fabrik.
Probepakete von 4 1/2 kg unter Nachnahme
zu Diensten
Mechler & Co., chem. Fabrik, Mannheim, Industriehafen
Tel. 1875 Telegr.-Adr. Mechlerwerk

Die
Reichstarife für das Buchbindergewerbe
und
für die Etuis- und Kartonnagenindustrie
sind erschienen und bei allen Gau- und Ortsverwaltungen
zu haben. Preis für Mitglieder je 50 Pfennig



**WIRIL
Klebstoffe**
sind allen voran
*Glänzende Begutachtungen
Lieferanten von Staats- u. städt.
Behörden, industriellen Werken
u. der Handelswelt.*
Plaster u. 5kg gern zu Diensten, Verwendungsart bitte angeben
**Chemisch-
Technische Werke**
Willybald Richter
Leipzig Querstr. 4/6
Tel. 3049, 11248 ★ Telegr. Adr. Wirilwerke
Zur Messe: Zeisighaus I, Obergeschoß Stand 74/76.

Anzeigen finden nur Aufnahme, wenn
der Betrag eingesandt ist.